



Paradise Papers: Offenbarungseid der Politik

Pressemitteilung von Fabio De Masi, 05. November 2017

„Der Rubel rollt weiter und Konzerne, Reiche und Mächtige drücken Steuern auf nahe Null. Das ist Staatsversagen, weil viele dieser Tricks legal sind“, kommentiert Fabio de Masi, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE und früherer stellv. Vorsitzende des Panama Papers Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments, die „Paradise Papers“ des Konsortium investigativer Journalisten. De Masi weiter:

„Weder die Methoden noch die Namen überraschen. Vom Genossen der Bosse, Altkanzler Gerhard Schröder, bis zu Facebook, Nike oder Uber - sie alle schieben Geld über fiktive Versicherungsprämien, Kredite oder Lizenzgebühren in Schattenfinanzplätze. Es gibt keine Ausreden mehr. Eine künftige Regierung muss liefern: Wir brauchen bereits an der Quelle in Deutschland Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen sowie ein öffentliches Register der wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen und Stiftungen sowie den Entzug der Geschäftslizenz bei Beihilfe zu schwerer Steuerhinterziehung durch

Banken, Anwälte und Wirtschaftsprüfer. Die
„Jamaika“-Parteien schützen bislang karibische
Geschäftsmodelle und die Reichen und Mächtigen.
Die Absage an eine Vermögenssteuer und eine
realistische sowie verfassungsfeste Erbschaftssteuer
für Millionäre ist angesichts der
Vermögenskonzentration kriminell.“